Leipziger Tageblatt und Handels-Zeitung

Morgen-Ausgabe

Amtsblatt des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig

118. Jahrgang

Bezugspreis: für Leipzig und Vororte zweimal täglich ins Haus gebracht monatlich M. 3.50, vierteljährlich M. 9.90; für Abholer monatlich M. 2.50; durch unsere auswärtigen Filialen ins Haus gebracht monatlich M. 3.50, vierteljährlich M. 7.50; durch die Post innerhalb Deutschlands Gesamt-Ausgabe monatlich M. 3.71, vierteljährlich M. 8.20; Morgen-Ausgabe M. 1.75, Abend-Ausgabe M. 1.00, Sonntags-Ausgabe M. 4.00 monatlich (ausschließlich Postbestellgebühr).
Einzelnummer: Morgen-Ausgabe 10 Pf., Abend-Ausgabe 10 Pf.
Hauptschriftleiter: Dr. Erich Everth, Leipzig.

Anzeigenpreis: für Gr.-Leipzig u. Umgeb. die einspalt. Kolonelzeile 40 Pf., v. auswärts 50 Pf. Anzeigen u. Gesuche im amtl. Teil die Kolonelzeile 80 Pf., v. auswärts 60 Pf. Teuerungszuschlag: 25%; kleine Anzeigen die Kolonelzeile 30 Pf., auswärts 35 Pf. Papierpreiszuschlag: Ueber 200 Zeilen Umfang 50%, über 300 Zeilen: 50%. Geschäftsanzeigen mit Platzvorschriften im Preise erhöht. Platz- und Datenvorschrift ohne Verbindlichkeit. Beilagen: Gesamtauflage M. 7.— das Tausend exclusiv Postgebühr. Fernsprech-Anschluß: Nr. 14692, 14693 und 14694. — Postscheckkonto 7250. Schriftleitung und Geschäftsstelle: Johannisgasse Nr. 8.
Verlag: Dr. Reinhold & Co., Leipzig.

Nr 87 — Mittwoch, den 19. Februar — 1919

Stürmische Sitzung in Weimar

Die Waffenstillstandsinterpellation

Stimmungsbild

Weimar, 18. Februar. (Drahtbericht unseres st.-Sonderberichterstatters.) Man war für die heutige Sitzung auf allerhand Zusammenstöße der Regierung mit der Rechten gefaßt. Die Deutsch-Nationalen allein sind ja gegen die Zustimmung des Kabinetts zu den neuen Waffenstillstandsbedingungen aufgetreten, indem sie einen Zufall, der ihren Führer Dietrich von der Kabinettsberatung fernhielt, parteitaktisch ausnutzten. Allein die anfängliche Spannung, mit der das Haus zusammentrat, ließ zunächst nach, als der Abg. Vögeler von der Deutschen Volkspartei mit der Begründung der Interpellation Heinze begann (auch Herr Heinze hatte sich dem Regierungsbeschluß nicht widersetzt!). Er sprach zu lang, und bei dem eintönigen Pathos verlor das Haus bald die Aufmerksamkeit. Man las Zeitungen, und eine gewisse Unruhe im Saal, die aber nicht auf Opposition gegen den Redner zurückzuführen war, verriet, wie wenig wirksam seine Worte verhallen. Vögeler erörtert zuerst die Ablieferung der Lokomotiven und Wagen und der landwirtschaftlichen Maschinen und erhob vor allem Klage, daß zu den Verhandlungen in Spa kein sachverständiger Industrieller hinzugezogen war. Als der Redner sich dem Schiffahrtsabkommen zuwandte, wurde das Haus lebhafter. Der Redner war aber gerade in diesem letzten Teil seiner Rede wenig glücklich. Aus den persönlichen Ausfällen gegen Erzberger, die schon einen unangenehmen Eindruck machten, wurde ein Angriff auf die ganze Weltanschauung, die Erzberger vertritt! Die Mehrheit des Hauses fühlte sich mit ihm getroffen. Stürmische Zurufe schallten dem Redner entgegen, je mehr er sich dem Ende seiner Rede näherte, und von den Bänken der Sozialdemokraten dröhnte es ihm auf seine Frage, wodurch wir in dieses Elend gekommen seien, entgegen: „Das ist eure Schuld!" Ja, drohende Fäuste reckten sich aus dem Parkett gegen ihn empor, als er von dem Verständigungsfrieden sprach, den die Parteien der Rechten stets verpönt haben.

Es war kein würdiges Schauspiel, das heute die Nationalversammlung bot. Es war der Versuch der einstigen kriegspolitischen Rechten, die Wahrheit zu verdunkeln und die Last ihrer Schuld von sich abzuschieben. Das Schauspiel des inneren Zwistes hätte in der Nationalversammlung vermieden werden müssen. Nun gilt es, scharf und deutlich die Trennungslinie zu ziehen, die heute die Kluft zwischen den Parteien vertieft hat.

Erzberger hat als Redner einen glücklichen Tag. Zwar spricht er vielfach in gereiztem Tone, aber seine Schlagfertigkeit gibt der Rede Schwung und Lebendigkeit. Die Mehrheit des Hauses unterstützt ihn durch Beifallskundgebungen, die Rechte ist empört über seine Paraden und Angriffe. Oft bricht minutenlanger Lärm los. Erzberger übergeht keinen der zahlreichen gegen ihn erhobenen Vorwürfe und geht auf alle Anfragen im einzelnen ein. Als er endet, bezeigt ihm großer Beifall das volle Vertrauen der Mehrheit.

Dann folgt die Aussprache der Parteien. Der Sozialdemokrat Müller-Berlin macht den Anfang. Die Sozialdemokratie sieht das Ziel der Interpellanten weniger in dem Angriff auf Persönlichkeiten, welche die Waffenstillstandsverhandlungen geleitet haben, als in einem Angriff auf die Stellungnahme der Mehrheitsparteien selbst. Herr Gröber vom Zentrum weist die Angriffe gegen seinen Parteifreund Erzberger zurück, während Herr Haußmann als Sprecher der Demokraten geltend macht, das Volk wünsche vor allem Einigkeit der Parteien. Herr Haußmann stellt die großen Nachteile, welche die Interpellation für die Würde des Hauses, auch in ihrem Eindruck auf das Ausland, gehabt hat, in das rechte Licht. Dann erscheint Herr von Gräfe auf der Rednertribüne und hält eine neue Anklagerede der Rechten gegen die Mehrheit. Er versucht, die Sache der Interpellanten, die offensichtlich sehr schwach geworden ist, zu retten, indem er behauptet, die Interpellation hätte der Regierung nicht in den Rücken fallen, sondern ihr im Gegenteil Gelegenheit zu einer großen Protestkundgebung gegen die Anmaßung der Entente geben wollen. Nach ihm nimmt Scheidemann das Wort, um noch einmal die Schuld der Alldeutschen festzustellen. Der Name Ludendorff ertönt auch heute mehrfach in seiner Rede. Der Ministerpräsident denkt an, daß er zu gegebener Zeit viel belastendes Material besonders gegen den ehemaligen Generalquartiermeister vorbringen werde. Dann tritt Herr Erzberger noch einmal gegen von Gräfe auf. Selbst die Rechte verstummt und begehrt erst lärmend auf, als er sagt: Diejenigen, die die Desperadopolitik des unbeschränkten U-Bootkrieges beschlossen haben, sind schuld daran, wenn wir jetzt unsere Handelsflotte einbüßen sollten! Noch einmal begründet er, weshalb das neue Abkommen von uns angenommen werden mußte. Dann steigt Herr Haase von den Unabhängigen auf die Rednertribüne. Das Haus beginnt sich zu leeren. Zum Schlusse kommt noch Herr Stresemann zu Wort, gegen dessen Ausführungen die Reichsminister Erzberger und David Stellung nehmen.

Sitzungsbericht

Am Regierungstisch: Scheidemann, Landsberg, Erzberger, Gothein, Dr. Bell, Südekum u. a.

Präsident Fehrenbach eröffnet die Sitzung um 2.20 Uhr.

Telegramme des Protestes gegen die Demarkationslinie sind eingegangen aus Bromberg, Birnbaum und Bentschen.

In einem Telegramm aus Berlin wendet sich ein Heer mit scharfen Worten gegen den Vergnügungspöbel und fordert die Einführung von Landesfrauen und das Verbot öffentlicher Tanzlustbarkeiten. (Lebhafter Beifall.)

Der Vorsitzende der Waffenstillstandskommission Erzberger teilt mit, daß die französischen Behörden sich damit einverstanden erklärt haben, daß den Mitgliedern der Nationalversammlung aus dem besetzten Gebiet Dauerpässe nach und für die Rückkehr von Weimar für die Dauer der Tagung der Nationalversammlung ausgestellt werden können.

Waffenruhe im Posener Aufstandsgebiet

Berlin, 18. Februar. (Drahtbericht.) Amtlich wird mitgeteilt: Im Aufstandsgebiet der Provinz Posen zeigte sich überall das Bestreben der Polen, das Aufstandsgebiet zu vergrößern. Der Hauptdruck richtete sich gegen die Abschnitte Rawitsch—Lissa—Meseritz—Züllichau und Bromberg—Nakel. Die Kämpfe in beiden erstgenannten Abschnitten waren für uns erfolgreich. Häufige hartnäckige Angriffe der Polen scheiterten restlos und immer unter schweren feindlichen Verlusten. Oestlich Züllichau führte ein von unseren Truppen gegen den südlich Bentschen vorspringenden Teil der feindlichen Linien unternommener Angriff zu einem vollen Erfolg. Die Ortschaften Bomst, Warschalnow, Kopnitz, Unruhstadt und Gr.-Greitzig wurden wiedergewonnen und unsere Stellungen erheblich verbessert. Die Einbuße des Feindes ist groß. Im Abschnitt Bromberg—Nakel mußten wir, dem feindlichen Druck nachgebend, unsere Truppen allgemein in die Netzelinie zurücknehmen. Eigene Verstärkungen werden herangeführt. Nach dem am 16. Februar in Trier neuerdings verlängerten Waffenstillstandsabkommen sind die Feindseligkeiten seit dem 17. Februar eingestellt. Wo unsere Truppen noch vor der Demarkationslinie stehen, bleibt die Aufstellung zunächst unverändert. Der genaue Verlauf der Demarkationslinie wird durch die interalliierte Kommission festgesetzt. Die Festsetzung der Demarkationslinie greift der Regelung durch den Friedensvertrag nicht vor.

Bolschewiken-Front.

Die Lage im Baltikum ist befestigt. Die Sowjetarmee ist anscheinend infolge des Druckes der finnisch-estnischen Nordarmee, die bis Walk — Marienburg — Potschery vorgedrungen ist, genötigt gewesen, Verstärkungen nach dort zu werfen und so ihre baltische Front zu schwächen. Unseren Truppen ist es überall gelungen, Boden zu gewinnen. Golbingen, Telsche, Stadt und Bahnhof Radschlwillischki wurden von baltischer Landeswehr und deutschen Truppen genommen. Verschiedentliche feindliche Vorstöße scheiterten. Vor unserer litauischen Front ging der Gegner zum Angriff über. Auch hier gelang es, den feindlichen Ansturm bald zu brechen. Nach kurzem Anfangserfolge wurde der Gegner von unseren herangeführten Verstärkungen geworfen, das von ihm genommene Olita zurückerobert und im allgemeinen die alte Linie wieder erreicht. Mit der Fortsetzung der feindlichen Angriffe wird gerechnet.

Die Räumung von Polen.

Die Räumung des Gebietes zwischen Brest-Litowsk und Bialystok schreitet planmäßig fort, sie war am 15. 2. bis südlich Bielsk durchgeführt. Ein mit der polnischen Regierung abgeschlossener Vertrag regelt genau die Räumung und Ablösung unserer Truppen durch kongreßpolnische. Abgesehen von einigen unbedeutenden Zusammenstößen zwischen polnischen und deutschen Truppen ist bisher alles reibungslos verlaufen. Die Zuführung der amerikanischen Verpflegungszüge für Polen von Danzig aus ist im Gange; sie werden den Polen über Illowo mit der Bahn zugeführt. Die ersten Züge laufen voraussichtlich am 17. 2. 19 ein.

Das Notgesetz über die Steuern in Sicht?

Weimar, 18. Februar. (Drahtbericht unseres st.-Sonderberichterstatters.) Wie wir hören, wird der Reichssekretär der Finanzen Schiffer in den nächsten Tagen schon dem Hause die Notgesetze über die Steuern vorlegen, damit wir möglichst aus der Kreditwirtschaft herauskommen.

× **Weimar, 18. Februar.** (Drahtber. unseres Sonderberichterstatters.) Der Nationalversammlung ist der Entwurf eines Gesetzes zur Abänderung der Verordnung über die Rückgabe der in Belgien und Frankreich weggenommenen Betriebseinrichtungen zugegangen. Weiterhin ist der Nationalversammlung ein Gesetzentwurf über die Gewährung von Diäten an die Mitglieder zugegangen; danach sollen die Mitglieder für die Dauer der Verhandlungen freie Fahrt auf den Eisenbahnen und vom 1. Februar ab eine Aufwandsentschädigung von 1000 M monatlich, vorauszahlbar, erhalten.

Annahme der Verfassungsvorlage im Staatenausschuß

Weimar, 18. Februar. (Drahtbericht unseres st.-Sonderberichterstatters.) Im Staatenausschuß wurde heute die Verfassungsvorlage mit einigen kleinen Abänderungen angenommen.

Auf der Tagesordnung steht die

Interpellation Dr. Heinze und Genossen (D. Vpt.)

betreffend die Vorlegung einer Denkschrift über die bisher von der Waffenstillstandskommission gepflogenen Verhandlungen (Auslieferung der deutschen Handelsflotte, Verhandlungen über die Kohlen- und Erzfrage).

Namens der Interpellanten begründet

Dr. Vögeler (Deutsche Vpt.)

die Interpellation: Durch die Vorgänge des letzten Sonntags sind wir eigentlich der Notwendigkeit einer Begründung überhoben. (Sehr richtig! rechts.) Dieser Tag hat wohl jedem darüber die Augen geöffnet, wohin wir steuern. (Sehr richtig! rechts.) Der Pulsschlag des deutschen Wirtschaftslebens wird schwächer und schwächer. Schon stockt er hier und da. Mit grausamer Sicherheit weiß der Feind die Punkte zu treffen, die uns dem Ruin entgegenführen müssen. Große Kreise der Industrie, des Handels, der Schiffahrt und des Gewerbes haben längst gewußt, daß die Wilsonschen Bedingungen doch wohl nur gestellt worden sind, um uns zuerst zum Waffenstillstand zu bringen und dann zu vergewaltigen. Schon die Ablieferung der Tausende Lokomotiven und Hunderttausende Eisenbahnwagen hat durchgeführt werden müssen, ohne daß ein sachverständiges Programm aufgestellt worden war, um die Möglichkeit der Durchführung technisch zu sichern. Es war technisch unmöglich, in der gestellten kurzen Frist dieses ungeheure Material abzuliefern, und unter den nichtigsten Vorwänden, wegen kleiner Mängel an der Ausrüstung und selbst an der Lackierung, wurde vom Feinde die Uebernahme verweigert, so daß die Tausende von Wagen und Lokomotiven viele Tausende Kilometer zurückfahren mußten und dadurch erhebliche Verkehrsstockungen hervorgerufen wurden. Unser Eisenbahnverkehrsmaterial hat einen vierjährigen Krieg durchgemacht, der Feind erhob aber daran Friedensansprüche. Ich richte an den Reichsminister Erzberger die Frage, ob ihm diese Dinge bekannt sind (Heiterkeit), wie er das in Einklang bringen will mit der ausdrücklichen Vereinbarung, die Auslegung der Waffenstillstandsbedingungen werde im beiderseitigen Einverständnis erfolgen. Schließlich können die Beruhigungsnachrichten, es sei erreicht worden, daß wir statt der 10 Prozent Wagen und Lokomotiven nur 50 000 landwirtschaftliche Maschinen abzuliefern brauchten (hört, hört!), darüber nicht hinwegtäuschen, daß in Rheinland und in Westfalen seit dem 9. Februar aus Mangel an Minetten schon 21 Hochöfen ausgeblasen worden sind. Und nun der zweite Punkt, den ich auf das Schuldkonto des Leiters der Waffenstillstandskommission setzen muß: Von Anfang an hat der Verein deutscher Stahlindustrieller immer und immer wieder dringend um die Zulassung von Sachverständigen gebeten. Er wurde von Woche zu Woche hingehalten. — Redner gibt eine ausführliche Darstellung dieser Verhandlungen. — Schließlich haben wir durch Nachfrage bei der Regierung direkt festgestellt, daß bei den Verhandlungen in Spa, Trier und Luxemburg Sachverständige der Kohlen- und Eisenindustrie, die doch in erster Linie daran interessiert sind, überhaupt nicht zugezogen worden sind. Woher nimmt Herr Erzberger das Recht, allein in so wichtigen Fragen unseres Volkes zu entscheiden? Auch bei der Erneuerung des Waffenstillstandes im Januar ist Herr Erzberger in Verhandlungen eingetreten, ohne daß die Sachverständigen zur Stelle waren, und der Augenblick, die von Marschall Foch geradezu angebotene Trennung von Waffenstillstands- und Wirtschaftsfragen herbeizuführen, ist verpaßt worden. Unsere Unterhändler haben wie die Hamburger Reeder sich ausdrückten, in leichtfertiger Weise die Feinde geradezu eingeladen, in den Hauptpunkten Schwierigkeiten zu machen. (Hört! hört!) Obwohl von Sachverständigen aufs schärfste Protest erhoben worden war, hat Herr Erzberger das Schiffahrtsabkommen unterzeichnet. Ich frage wiederum: „Wer gab ihm das Recht dazu?"

Marschall Foch war anfangs bereit, mit Sachverständigen zu verhandeln.

Nur die unglaubliche Führung der Verhandlungen auf deutscher Seite brachten ihn zu der Forderung, daß unter allen Umständen schnell abgeschlossen werden müßte. Der Redner zitiert dann die Angriffe der „Frankfurter Zeitung". Herr Erzberger ist doch noch Spa gefahren, und jetzt ist er wieder da (Heiterkeit) und hat Vereinbarungen mitgebracht, die der Regierung wirklich schwere Stunden bereiten mußten. Vielleicht mußten sie angenommen werden, aber diese Abmachungen sind das Schlußglied in der Kette, die der Reichsminister Erzberger in den monatelangen Verhandlungen um das deutsche Volk gelegt hat (Große Unruhe im ganzen Hause), der Kette, die das deutsche Volk erwürgen wird. (Unruhe und Zurufe bei der Mehrheit: „Unerhört!") Der Ministerpräsident verlangte, daß wir den Arm zur Arbeit frei bekommen, Sie Herr Erzberger, haben diesen Arm in Fesseln geschlagen. (Neue Unruhe.) Wenn heute ganz Deutschland unter einer gewaltigen Kohlennot leidet, so ist das nicht die Folge der wilden Streiks (Hört, hört! bei den Soz.), sie ist in erster Linie die Folge davon, daß die

Erzeugung nicht dem Verbrauch zugeführt werden kann.

(Sehr richtig!) Heute liegen allein im Ruhrrevier 2 Millionen Tonnen Kohlen auf den Zechen, die nicht abgefahren werden können, und Tausende von Arbeitswilligen müssen feiern, weil man ihnen keine Arbeit geben kann. Wir werfen Ihnen, Herr Reichsminister, vor, daß Sie in wichtigen Lebensfragen der Nation (Große Unruhe im Zentrum.) niemals Sachverständige zu Rate gezogen haben. Wir werfen Ihnen vor. — (Die nächsten Ausführungen des Redners gehen unter den lärmenden Kundgebungen der Mehrheit, insbesondere des Zentrums, verloren, aus dessen Reihen fortgesetzt gerufen wird: Unerhört! Schluß! Schluß! Von anderer Seite wurde gerufen: Kein Schluß! Dr. Heinze ruft: Das ist im neuen Deutschland die Redefreiheit! worauf sich die Sturmszenen wiederholen. Nachdem der Lärm minutenlang angedauert hat, erklärt Präsident Fehrenbach: „Ich habe festzustellen, daß Ihre persönlichen Angriffe den Entrüstungssturm entfesselt haben." — Unruhe rechts, und Rufe: Neuling! — „Nun bitte ich aber das hohe Haus, den übrigen Ausführungen des Redners zuzuhören.")

Ich bedaure, daß der Präsident meine letzten Ausführungen als „persönliche" bezeichnet. Ich habe damit nur die Schlußfolgerung aus meinen sachlichen Feststellungen gezogen. (Unruhe bei der Mehrheit.) Ich stehe hier als Vertreter der Industrie, die am Ersticken ist. (Laute Zurufe bei der Mehrheit: Hier sollen Sie als Vertreter des Volkes stehen!) Wir fragen den Reichsminister Erzberger: Wie ist es möglich, daß dem deutschen Volke, das einen Wilsonfrieden (Zuruf: Den Ihr verhöhnt habt!) erwartet hat, jetzt ein Waffenstillstand auferlegt wird, der einen solchen Frieden unmöglich macht? (Neue Unruhe und Zurufe bei der Mehrheit.) Wenn wir nicht zu einem Kirchhofsfrieden kommen sollen, dann müssen zu den weiteren Verhandlungen die besten Köpfe als Sachverständige hinzugezogen werden. (Beifall rechts, Zischen bei der Mehrheit.)

Zur Beantwortung der Interpellation erhält das Wort

Reichsminister Erzberger

Die Rede des Interpellanten hätte sich statt an mich an Marschall Foch richten müssen. (Allseitige Zustimmung.) Die Begründung erfolgte mit einer

Oberflächlichkeit und Leichtfertigkeit,

wie ich sie bisher nicht kennen gelernt habe. Anklagen schwerster Art werden auf völliger Unkenntnis und auf einer unerhörten Verdrehung der wirklichen Vorgänge aufgebaut. (Hört, hört! bei der Mehrheit. Große Unruhe rechts.) Der Vorredner meint, die letzte Erneuerung des Waffenstillstandes habe ihm die Augen geöffnet. Uns sind die Augen längst geöffnet, seitdem gerade die Gruppe der heutigen Interpellanten mit ihrer Politik den Niedergang unseres Vaterlandes herbeigeführt hat. (Stürmische Zurufe bei der Mehrheit, großer Lärm rechts.) Angesichts dieser Sachlage ist es